

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 121 (1995)
Heft: 6

Artikel: Endlich ein Motto für die Landesausstellung 2001: "Das Boot ist voll"
Autor: Raschle, Iwan / Senn, Martin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-597919>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Endlich ein Motto für die Landesrausstellung 2001:

«Das Boot ist voll»

VON IWAN RASCHLE (TEXT) UND MARTIN SENN (ILLUSTRATIONEN)

Nur noch fünf Jahre brauchen die Schweizerinnen und Schweizer verstreichen zu lassen, dann wird die neue Landi über die Bühne gehen. Wo sie stattfinden wird, ist derzeit noch unklar. Ehrgeizige Projekte vorgeschlagen haben bis heute die Kantone Genf, Neuenburg und Tessin – alle mit dem Ziel, die unschönen 700-Jahr-Feierlichkeiten mit einem rauschenden Fest vergessen zu machen.

«Wir wollen der Schweiz und dem Ausland zeigen, wozu wir in der Lage sind», posaunen die Genfer schon heute ins Land hinaus. Ihr Projekt für die neue Landi richtet sich gegen den helvetischen Griesgram und will der Welt ein Land präsentieren, «das wieder den Aufbruch wagt». Ähnlich hohe Töne schlagen die Tessiner an. Mit ihrem 960-Millionen-Projekt wollen auch sie «den Zusammenhalt stärken», wofür sie eine Landi und speziell ihre Version als geeignet betrachten: «Wenn die vielfältige Schweiz mit ihren unterschiedlichen Kulturen und Traditionen ein Staat bleiben will, muss sie ab und zu dafür etwas unternehmen.» Das planen freilich auch die Neuenburger. Und sie wollen dafür ebenfalls tief in die Tasche greifen. Für die unter dem Motto «Zeit – die Schweiz in Bewegung» stehenden Geburtstagsfeierlichkeiten sind in der Hochburg der Uhrenindustrie 700

Millionen Franken budgetiert worden.

Viel Geld also wollen die Möchtegerngastgeber aufwerfen für das Fest der Nation, (mehr oder minder) gute Ideen halten sie ebenfalls bereit, und alle wollen sie vermeiden, was in Sevilla geschehen ist. Dass einer hinsteht und sagt: Die Schweiz existiert nicht. So wird an der nächsten Landi eben eine andere Schweiz zu sehen sein. Eine, die den Aufbruch wagt, die multikulturell ist und weltoffen. Eine, die es nicht gibt. Und von der es nicht einmal zu träumen lohnt, denn die Schweiz wird sich nicht öffnen. Nie. Weil das nicht notwendig ist. Und weil es immer eine Mehrheit geben wird, die das in den letzten hundert Jahren Zusammengeraffte nicht mit anderen Menschen teilen will – vor allem nicht mit fremden.

Das ist der Grund, weshalb der Bundesrat keines der diskutierten Projekte für eine Landesausstellung 2001 bewilligen wird. Die Opposition gegen die offiziellen Projekte ist zu gross,

und sie wird in den nächsten Monaten noch mächtiger werden. «Das ist nicht unsere Schweiz!» und «diese Landi ist nicht die, die wir wollen» – mit solchen Kampfsprüchen verschaffen sich die rebellischen Kämpfer für eine «echte Landi» seit zwei Wochen Gehör in allen Medien. Ihre Botschaft ist einfach: Im Jahr 2001 soll nicht die Schweiz der Zukunft gefeiert werden, sondern die ihnen «teure Heimat», die von Ausländern und allen Umweltverpesterern bedrohten Berge, Ländereien und Seen, die ihnen von den Vätern und Grossvätern anvertraut worden sind mit den Worten «Buebe, häbid Sorg zum Vatterland!!».

Genau das wollen sie nun auch tun, die Söhne Helvetias, denn sie wissen die Schweiz in grosser Gefahr. «Unser Land», begründet Hansheinrich Weber, Präsident des Organisationskomitees «Landesrausstellung 2001», «dieses unsere Land droht von den Ausländern verinnahmt zu werden. Das werden wir nicht zulassen. Die Schweiz gehört uns, und noch mehr fremde Fötzel haben hier keinen Platz.» Aus diesem Grund soll die Landi 2001 unter das Motto «Das Boot ist voll» gestellt und als Fest der Schweizer gefeiert werden. Dazu nochmals Hansheinrich Weber: «Nur wenn wir Eidgenossen und Schweizer zusammensitzen und uns wieder einmal ungestört der heimischen Kultur hingeben können,

wird dieses Fest Auswirkungen haben auf den nationalen Zusammenhalt.»

Neben den eigentlichen Festivitäten fordert das OK vom Bundesrat «flankierende Massnah-

Das meint der Blick:

«Die Grenze ist erreicht!»

Dass es keinen Angriff geben darf auf unsere Eigenart, findet auch die Stimme des Volkes. Im *Blick* vom 21. Januar 1995 schreibt Politikchef Jürg Zbinden:

«**Nun ist** also annähernd jeder fünfte Einwohner der Schweiz ein Ausländer.

Unbestreitbar eine sehr hohe Zahl. Auch eine zu hohe?

Die Antwort auf diese Frage kann nur lauten: Nein, aber mit 18,6 Prozent Ausländeranteil ist die Grenze wohl erreicht.

Zwei Drittel der Ausländer kommen aus EU- oder Efta-Staaten. Ihr Denken, ihr Fühlen und Handeln ist uns vertraut. An sie haben wir uns gewöhnt, wir nehmen sie kaum mehr als Fremde wahr.

Einwanderer vom Balkan, aus Afrika und Osteuropa oder Asien hingegen empfinden viele bei uns als Bedrohung. Ihre Art, ihr Auftreten und ihre Mentalität als Herausforderung, als Angriff auf unsere Eigenart.

Noch herrscht keine offene fremdenfeindliche oder gar rassistische Stimmung in der Schweiz.

Damit das so bleibt, muss der Bundesrat bei der Einwanderungspolitik künftig vermehrt Rücksicht nehmen auf die Bevölkerung.»

men». Zu ergreifen seien diese schon heute, auf dass sie ihre volle Wirkung im Jahr 2001 auch entfalten könnten, betont OK-Präsident Weber: «Die Landesrausstellung kann nur gelingen, wenn wir schon heute damit beginnen, überzählige Insassen aus dem Boot zu werfen.»

Überzählig sind viele, meinen die wahren Eidgenossen. Und sie warten mit genauem Zahlenmaterial und knallharten Forderungen auf: Der Ausländeranteil von zurzeit 18,6 Prozent müsse bis zum Jahr 2001 auf «eine vernünftige Grösse von 0,5 Prozent» reduziert werden. Das heisst: Von den heute 1 302 000 in der Schweiz lebenden Menschen mit ausländischem Pass haben bis in sechs Jahren 267 000 die Eidgenossenschaft zu verlassen. Mitfeiern dürfen an der Landi 2001 nur gerade 35 000 Fremde. So viele könnten «gerade noch mitgezogen werden», ist das OK überzeugt.

Mit der Meinung, der Ausländeranteil habe die obere Grenze erreicht, stehen die Landesraussteller nicht alleine da (siehe Kasten «Das meint der Blick»), und so wird dem neusten Projekt für die Landi 2001 in Politikreisen gute Chancen eingeräumt. «Die werden das schaffen», ist ein FDP-Nationalrat aus dem Kanton Baselland überzeugt: «Das Volk denkt genauso, und das Volk braucht man heute hinter sich, sonst läuft nichts mehr.»

Diese Menschen gehören nicht in unser Land!

Landesrausstellen wollen die wahren Eidgenossen in den nächsten Jahren all jene Menschen, die keinen Schweizerpass besitzen und die nicht aus dem zentral-europäischen Raum stammen: Namentlich sind das Schwarze aus allen Erdteilen, Farbige überhaupt, Menschen aus kommunistischen Ländern, Jugoslawen, Türken, Griechen, Albaner und viele andere mehr, deren alleiniger Anblick unsere Lebensqualität beeinträchtigt.

Damit die verschärften Zwangsmassnahmen auch wirklich greifen, sollen schon bald möglichst viele Schweizerinnen und Schweizer zu Hilfspolizisten mit Säuberungsauftrag ernannt werden. Ihre Aufgabe wird es sein, mit scharfem Blick über die ethnischen Verunreinigungen zu wachen und sämtliche Grenzüberschreitungen dem staatlichen Überwachungsorgan *Blick* zu melden, damit die Fehlbaren dort zur Hatz ausgeschrieben werden können.

Wie das Organisationskomitee in seinem Grundsatzpapier zur «Entschärfung der Lage» schreibt, handelt es sich bei diesen Massnahmen keineswegs um rassistische Aktionen, sondern um «sich innerhalb unserer Landesgrenzen auswirkende und somit rein private Ausschreitungen zur Bewahrung der einheimischen Schöpfung». Nötig seien sie auch deshalb, weil es um jeden Preis zu verhindern gelte, «dass der Rassismus geschürt

wird in diesem Land des Friedens und der Harmonie».

Auf den Vorwurf, allein schon die Festsetzung der «Ausländergrenze» sei ein rassistischer Akt, wehrt sich das Organisationskomitee energisch: «Man wird doch noch Forderungen stellen und für ein intaktes Vaterland kämpfen dürfen», ereifert sich Pablo Simonescu von der «Nationalen Bürgerinitiative Schweiz». Die Schweiz, so der Ur-Eidgenosse, dürfe «nicht den Ausländern überlassen» werden, ansonsten es um Land und Leute geschehen sei: «Jeder kann einfach nicht hierher flüchten. Irgendwann ist das Boot voll, hat es keinen Platz mehr. Schliesslich haben wir Schweizer auch ein Recht auf Lebensqualität und auf ein friedliches Leben ohne Bettler und Flüchtlinge.»

Diese Ausländer dürfen bleiben

Selbstverständlich gehe es nicht an, den Ausländer an und für sich schlecht zu machen, sagen die Landesraussteller. Zu berücksichtigen gelte es auch in Notlagen humanitäre Argumente, auch solle der Staat in wirklichen Notsituationen ein Auge zudrücken. Aus diesem Grund sieht das OK vor, «eine gewisse Anzahl von Frauen aus Tailand

und dem ehemaligen Ostblock trotz generellem Einfuhrstopp einreisen zu lassen». Ebenfalls nicht betroffen sein von den rigiden neuen Regeln werden qualifizierte Fachleute und Manager aus ebendiesen Ländern: «Fachleute können wir immer gebrauchen», meint dazu Peter Raggenbass, Sprecher des OK-eigenen privaten Grenzwachtkorps,

«und einige Ausländer, im schlimmsten Fall sogar solche mit anderer Hautfarbe, anderem Glauben und fremden Sitten, müssen wir Schweizer unteruns dulden. Schliesslich werden wir immer ein multikulturelles und offenes Land bleiben». □

Projektplanung Landesausstellung

Wie sorgfältig geplant das Projekt der Landesausstellung 2001 ist, zeigt der von den Initianten vorgelegte Massnahmenplan für die nächsten sechs Jahre. Wir drucken ihn hier mit freundlicher Genehmigung des Organisationskomitees ab:

Phase Massnahmen

1994-1	Sensibilisierung der Öffentlichkeit: «Die Grenze ist erreicht»
1994-2	Herabsetzung der Grenze, weitere Sensibilisierung des Volks
1995-1	Publikation der neusten Kriminalitätsstatistik
1995-2	«So kann es nicht weitergehen». Forderung «Bund muss handeln»
1996-1	Ausschaffung von Balkan-Ausländern und Schwarzen
1996-2	«Soldaten an die Grenze»: Stoppt die Einwanderungs-Kampagne
1997-1	Weitere Ausschaffung von Nicht-Europäern
1997-2	Verhinderung von Linkswiderstand: 0,1% mehr Entwicklungshilfe
1998-1	Ausschaffung von Südeuropäern und Osteuropäern
1998-2	Lancierung der Kampagne «Im Boot ist's immer noch zu eng»
1999-1	Ausschaffung von Asiaten
1999-2	Einfuhr von asiatischen Frauen zur Beruhigung von CH-Männern
2000-1	Beschränkung des Ausländerkontingents auf 1 Prozent
2000-2	Sondervisa für ausländische Manager (ausser Schwarze)
2001-1	Beschränkung des Ausländerkontingents auf 0,5 Prozent
2001-2	Landesausstellung «Landi 2001»: Bergkristallnacht auf dem Rütli

Kanal

Blick, Ultra-Rechtsparteien
Blick, Rechtsparteien
 SVP, Vorabdruck im *Blick*
 Rechtsparteien, *Blick*
 Bund, Kantone, Gemeinden
Blick, Rechtsparteien
 Bund, Kantone, Gemeinden
 Rechtsparteien
 Bund, Kantone, Gemeinden
Blick, Rechtsparteien
 Bund, Kantone, Gemeinden
 Bund, Kantone, Gemeinden
 Rechte und liberale Parteien
Finanz & Wirtschaft, *Blick*
Blick, Aargauer Medien
 div. Parteien & div. Medien

